



**Geschäftsführung
Ausschuss Schule und Weiterbildung,
Betriebsausschuss
Gebäudewirtschaft**

Herr Bernecker

Telefon: (0221) 221-29251

Fax: (0221) 221-29241

E-Mail: hans-michael.bernecker@stadt-koeln.de

Datum: 12.07.2016

Niederschrift

über die **Gemeinsame Sondersitzung des Ausschusses Schule und Weiterbildung und des Betriebsausschusses Gebäudewirtschaft** in der Wahlperiode 2014/2020 am Montag, dem 13.06.2016, 14:00 Uhr bis 15:50 Uhr, Rathaus Spanischer Bau, Ratssaal

Anwesend waren:

Ausschuss Schule und Weiterbildung

Stimmberechtigte Mitglieder

Herr Dr. Nils Helge Schlieben	CDU
Herr Franz Philippi	SPD
Frau Birgitta Nesseler-Komp	CDU
Frau Inge Halberstadt-Kausch	SPD
Frau Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes	SPD
Herr Dr. Walter Gutzeit	CDU
Frau Anne Hauser	CDU
Frau Ulrike Kessing	GRÜNE
Herr Horst Thelen	GRÜNE
Herr Heiner Kockerbeck	DIE LINKE
Frau Svenja Rabenstein	GRÜNE
Frau Stefanie Ruffen	FDP

Stellvertretende stimmberechtigte Mitglieder

Herr Ulrich Breite	FDP-Fraktion
Frau Polina Frebel	SPD-Fraktion

Beratende Mitglieder

Frau Hildegard Fuhrmann	SPD
Frau Dagmar Naegele	auf Vorschlag der SPD
Frau Dr. Cornelia Herbers-Rauhut	CDU

Herr Dr. Klaus Zimmermann	auf Vorschlag der CDU
Herr Gerson Wirth	auf Vorschlag der Grünen
Herr Oswald Pannes	DIE LINKE
Frau Maria Katharina Westphal	auf Vorschlag der FDP
Frau Stefanie Esser	
Herr Reinhold Goss	Schulpflegschaft Köln
Frau Beate Habets	

Verwaltung

Frau Beigeordnete Dr. Agnes Klein

Betriebsausschuss Gebäudewirtschaft

Stimmberechtigte Mitglieder

Herr Dr. Martin Schoser	CDU
Herr Gerhard Brust	GRÜNE
Frau Inge Halberstadt-Kausch	SPD
Herr Jürgen Kircher	SPD
Herr Karl-Heinz Walter	SPD
Herr Ralf Klemm	GRÜNE
Herr Heiner Kockerbeck	DIE LINKE
Frau Christtraut Kirchmeyer	FDP

Stellvertretende stimmberechtigte Mitglieder

Herr Stephan Pohl	CDU-Fraktion
-------------------	--------------

Beratende Mitglieder

Frau Gisela Grüßer	StadtAG Behindertenpolitik
Frau Katharina Reiff	Seniorenvertretung der Stadt Köln
Herr Nikolai Dahlmanns	auf Vorschlag der SPD
Herr Rudolf Reiferscheid	SPD
Herr Lutz Tempel	SPD
Herr Bernd Weber	DIE LINKE
Herr Dr. Christian Beese	auf Vorschlag der FDP

Verwaltung

Herr Beigeordneter Franz-Josef Höing	Dezernat Stadtentwicklung, Planen, Bauen und Verkehr
--------------------------------------	--

Schriftführerin

Frau Simone Weber	Dezernat Stadtentwicklung, Planen, Bauen und Verkehr
-------------------	--

Presse

Zuschauer

Entschuldigt fehlen:

Ausschuss Schule und Weiterbildung

Stimmberechtigte Mitglieder

Herr Bürgermeister Dr. Ralf Heinen SPD

Beratende Mitglieder

Herr Wolfram Baentsch AfD
Frau Lisa Hanna Gerlach PIRATEN
Herr Bodo Busch Rubicon e.V.
Frau Ebru Coban KL

Stellvertretende beratende Mitglieder

Herr Dr. Zülfükar Genc BIG

Beratende Mitglieder

Frau Annette Kellinghaus-Klingberg auf Vorschlag der Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik

Stellvertretende beratende Mitglieder

Frau Stephanie Stangier auf Vorschlag der Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik

Beratende Mitglieder

Herr Martin Roth auf Vorschlag der SPD
Frau Angelika Riedel auf Vorschlag der CDU
Frau Bärbel Hölzing GRÜNE

Stellvertretende beratende Mitglieder

Herr Michael Bold

Beratende Mitglieder

Frau Utta Brauweiler-Fuhr

Stellvertretende beratende Mitglieder

Frau Manuela Laukat Schulpflegschaft Köln

Beratende Mitglieder

Frau Bettina Levy
Herr Dr. Felix Schotland

Betriebsausschuss Gebäudewirtschaft

Stimmberechtigte Mitglieder

Frau Anna-Maria Henk-Hollstein CDU

Beratende Mitglieder

Herr Roger Beckamp AfD

Herr Ahmet Altinova KL

Stellvertretende beratende Mitglieder

Herr Abdullah Aydik DEIN KÖLN

Beratende Mitglieder

Frau Gudrun Kleinpaß-Börschel auf Vorschlag der SPD

Herr Efkana Kara CDU

Herr Joachim Kuschewski auf Vorschlag der CDU

Herr Wolfgang Strowitzki

Herr Mathias Wittmann auf Vorschlag der Grünen

Die Tagesordnung wurde wie folgt **ergänzt**:

-Die Mitteilung unter TOP 5.2.

Die so geänderte Tagesordnung für die gemeinsame Sitzung wird einstimmig angenommen.

Tagesordnung

I. Öffentlicher Teil

1.1 Wahl der gemeinsamen Sitzungsleitung

1.2 Wahl des Schriftführers und seiner Vertretung

2 Anträge gemäß § 3 und 5 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen

3 Anfragen gemäß § 4 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen

4 Vorlagen der Verwaltung

5 Mitteilungen

5.1 Planungsrahmen für pädagogische Raumkonzepte an Kölner Schulen
1134/2016

5.2 Beantwortung der Fragen des ASW aus der Sitzung vom 29.02.2016 zu den Anträgen AN/0334/2016 sowie AN/0410/2016
1514/2016

6 Anfragen

7 Verschiedenes

I. Öffentlicher Teil

1.1 Wahl der gemeinsamen Sitzungsleitung

Betriebsausschuss Gebäudewirtschaft

Herr Dr. Schlieben wird einstimmig zum Vorsitzenden der gemeinsamen Sitzung gewählt. Den stellvertretenden Vorsitz übernimmt Herr Dr. Schoser.

Ausschuss Schule und Weiterbildung

Herr Dr. Schlieben wird einstimmig zum Vorsitzenden der gemeinsamen Sitzung gewählt. Den stellvertretenden Vorsitz übernimmt Herr Dr. Schoser.

1.2 Wahl des Schriftführers und seiner Vertretung

Betriebsausschuss Gebäudewirtschaft

Herr Bernecker wird einstimmig zum Schriftführer der gemeinsamen Sitzung gewählt. Zur stellvertretenden Schriftführerin bestimmt man einstimmig Frau Weber.

Ausschuss Schule und Weiterbildung

Herr Bernecker wird einstimmig zum Schriftführer der gemeinsamen Sitzung gewählt. Zur stellvertretenden Schriftführerin bestimmt man einstimmig Frau Weber.

2 Anträge gemäß § 3 und 5 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen

Betriebsausschuss Gebäudewirtschaft

Ausschuss Schule und Weiterbildung

3 Anfragen gemäß § 4 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen

Betriebsausschuss Gebäudewirtschaft

Ausschuss Schule und Weiterbildung

4 Vorlagen der Verwaltung

Betriebsausschuss Gebäudewirtschaft

Ausschuss Schule und Weiterbildung

5 Mitteilungen

Betriebsausschuss Gebäudewirtschaft

Ausschuss Schule und Weiterbildung

5.1 Planungsrahmen für pädagogische Raumkonzepte an Kölner Schulen 1134/2016

Betriebsausschuss Gebäudewirtschaft

Frau Heuer, Herr Gräbener und Herr Heilmann, ehemaliger Schulleiter der Gemeinschaftsgrundschule Am Rosenmaar, stellen mit einer Präsentation unter dem Titel „Kinderhäuser statt Schulkasernen“ den Planungsrahmen für pädagogische Raumkonzepte an Kölner Schulen (TOP 5.1) vor (Anlage 1). Ergänzend lädt Frau Heuer zu einem Workshop am 07.07.2016 ab 17 Uhr im Bezirksrathaus Lindenthal ein.

Frau Kirchmeyer, FDP-Fraktion, möchte wissen, ob die Kosten der vorgeschlagenen Konzepte auf der Basis von konkreten Abrechnungen ermittelt wurden oder geschätzt sind.

Herr Gräbener erklärt, dass bei der Entwicklung des Konzeptes beides herangezogen wurde. Man könne davon ausgehen, dass keine Tendenzen erkennbar sind, dass Clusterlösungen oder offene Lernlandschaften zu Kostensteigerungen führen. Entsprechende Rückmeldungen liegen aus etlichen befragten deutschen Städten vor, die teilweise auch über abgerechnete Projekte berichten konnten.

Frau Heuer ergänzt, dass Kostensteigerungen sich aus vielfältigen Gründen ergeben können, zumal man in eng bebauten Städten oftmals räumliche Begrenzungen findet, sodass man beispielsweise tiefer in die Erde bauen muss. Auch Hochwasserschutz, Bodendenkmalschutz und ähnliche Fragen können zu Kostensteigerungen führen, die zunächst nicht absehbar waren.

Herr Dr. Schooser fragt, ob die Gebäudewirtschaft der Stadt Köln noch aktuelle Ergänzungen zu dem Vorgetragenen nachreichen möchte.

Herr Höing weist darauf hin, dass die Darstellung in enger Abstimmung mit der Gebäudewirtschaft entstanden ist. Einzelne Fragen des Brandschutzes müssten noch geklärt werden. Es gebe in der Stadt Köln in zentraler Lage nur noch Grundstücke mit besonderen Schwierigkeiten, die im Einzelfall zu lösen sind. Diese müssten mit allen Beteiligten bereits zu Beginn der Planung so umfassend wie möglich geklärt werden, um spätere Änderungswünsche zu vermeiden.

Herr Dr. Zimmermann, sachkundiger Einwohner (CDU), lobt das Konzept und möchte wissen, ob mit dem Begriff „pädagogische Räume“ nur Innenräume gemeint sind oder ob man sich auch über die Außenflächen Gedanken gemacht hat. Er plädiert für ein nachhaltiges Bauen, das z.B. mit Sichtbausteinen auch eine starke Beanspruchung verträgt und eine flexible Nutzung der Klassenräume zulässt. IT-Räume seien in Zukunft bei einer umfassenden Ausstattung mit Tablets verzichtbar. Beim Brandschutz müsse man nach intelligenten Lösungen suchen, die im Schulalltag praktikabel sind, sodass auch im ersten und zweiten Stock ein Arbeiten in den Flurbereichen möglich ist. Bei der Planung von naturwissenschaftlichen Räumen müsse das Lehrpersonal enger einbezogen werden: Es sei zu überlegen, ob man künftig ganz auf Präsentationsräume verzichten kann. In den ersten Planungsschritten sei eine absolute Transparenz und der Dialog mit den Schulen unverzichtbar.

Herr Weber, sachkundiger Einwohner (DIE LINKE), vermisst im Planungskonzept Aussagen zur Tageslichtversorgung mit intelligenter Verglasung insbesondere für Gruppenräume.

Auch Frau Hauser, sachkundige Bürgerin (CDU), lobt das Konzept aus der Sicht der Praxis. Besonders begrüßt sie die Planungen weg von den hergebrachten Lehrerzimmern zu angemessenen Lehrerarbeitsplätzen. Im Hinblick auf die verglasten Strukturen und offenen Wände bittet sie darum, den Schallschutz nicht aus den Augen zu verlieren. Auch müsse man für das neue Lernkonzept ein anderes Sicherheitskonzept entwickeln, welches insbesondere vor Amokläufen schützt.

Herr Thelen, Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN, bedankt sich bei der Verwaltung für die Fortschreibung der Schulbauleitlinien. Die geschlossenen Klassenzimmer und zentrale Lehrerzimmer verlieren an Bedeutung und neue Lernformen entwickeln sich. Er möchte wissen, ob das Konzept auch mit einem Lehrerraumprinzip vereinbar ist. Ihn interessiert auch die Belüftung der künftig zu planenden Schulen bzw. welcher Energiestandard bei der Planung angewandt werden soll. Positiv findet er die Ausführungen zu den Sanitärbereichen. Auch er bittet um Ergänzungen zur Planung der Außenbereiche, z.B. ob die Schulhöfe zwingend abgeschlossen sein müssen.

Herr Philippi, SPD-Fraktion, fasst zusammen, dass das Konzept fraktionsübergreifend positiv angenommen wurde. Die hier festgelegten Qualitätsstandards müssten beachtet werden, wenn man Inklusion und offenen Ganztags an Schulen umsetzen möchte. Er fragt nach, ob das vorgelegte Konzept mit dem von der CDU-Fraktion und dem Bündnis 90/Die Grünen beschlossenen Passivhausstandard kompatibel ist. Seiner Meinung nach müsste dieser Energiestandard nochmals überdacht werden.

Frau Nessler-Komp, CDU-Fraktion, weist auf den bei Schulbauten bestehenden Stau bei der Umsetzung der erforderlichen bereits geplanten Schulbauten hin, der noch zu priorisieren ist und möchte wissen, ob das neue Konzept bei diesen Maßnahmen berücksichtigt werden soll, oder ob es erst für künftige Planungen angewandt wird.

Frau Heuer weist darauf hin, dass man im Hinblick auf die zeitlich begrenzte Sitzung einen Großteil der Fragen in dem angekündigten Workshop beantworten wird. Die Frage der Planung und Gestaltung des Außengeländes ist im Einzelfall vor Ort zu klären in Abhängigkeit von den zur Verfügung stehenden Mitteln (die Verwaltung hatte in der Vergangenheit eine Standardsenkung vorgeschlagen). Das Lehrerraumprinzip und die Lernlandschaften sind grundlegend unterschiedliche pädagogische Konzepte, die sich nicht miteinander vereinbaren lassen. Die Vorschläge und Anforderungen des Brandschutzes werde man für Interessierte zum Nachlesen auslegen. Die vorgelegten Konzepte sind mit dem Brandschutz vereinbar und wurden mit der Feuerwehr abgestimmt. Die Zustimmung der Fraktionen zum vorgelegten Konzept erfreue die Verwal-

tung sehr. Im Hinblick auf die laufenden Schulbauplanungen ergänzt Frau Heuer, dass alle Festlegungen beibehalten werden und das Konzept bei künftigen Planungen gilt.

Frau Dr. Klein bestätigt, dass die pädagogischen Raumkonzepte nicht in laufende Planungsprozesse eingreifen sollen. Künftig sollen keine „Flurschulen“ mehr gebaut werden, sondern Bewegungsflächen sollen aktiv genutzt werden. Sie weist auf die Schulbaumesse hin, welche am 20. und 21.09.2016 in Köln stattfindet und sich verstärkt mit dem modernen Schulbau im In- und Ausland befasst.

Herr Höing weiß nichts von einem Widerspruch zwischen dem vorgestellten Konzept der Lernlandschaften mit dem Passivhausstandard.

Herr Dr. Schlieben versteht das Konzept als Grundlage für künftige Diskussionen und schlägt vor, das Thema in einem angemessenen zeitlichen Abstand erneut auf die Tagesordnung zu nehmen, um in der Rückschau zu vergleichen, was davon umgesetzt werden konnte.

Frau Westphal, sachkundige Einwohnerin FDP-Fraktion, bittet darum, das Thema „Vandalismus“ im Workshop ergänzend zu berücksichtigen und ist dankbar für die Einladung.

Auch Herr Dr. Gutzeit, CDU-Fraktion, betont die Wichtigkeit der Berücksichtigung der Probleme des Schallschutzes bei der Umsetzung des Konzeptes. Er wünscht, dass man bei der Vorstellung der Planungen künftig die beabsichtigte Raumnutzung näher erläutert.

Herr Dr. Schlieben bedankt sich im Namen der beiden Ausschüsse für die Präsentation und die Antworten auf die angesprochenen Fragen.

Die Mitteilung wird zur Kenntnis genommen.

Ausschuss Schule und Weiterbildung

Frau Heuer, Herr Gräbener und Herr Heilmann, ehemaliger Schulleiter der Gemeinschaftsgrundschule Am Rosenmaar, stellen mit einer Präsentation unter dem Titel „Kinderhäuser statt Schulkasernen“ den Planungsrahmen für pädagogische Raumkonzepte an Kölner Schulen (TOP 5.1) vor (Anlage 1). Ergänzend lädt Frau Heuer zu einem Workshop am 07.07.2016 ab 17 Uhr im Bezirksrathaus Lindenthal ein.

Frau Kirchmeyer, FDP-Fraktion, möchte wissen, ob die Kosten der vorgeschlagenen Konzepte auf der Basis von konkreten Abrechnungen ermittelt wurden oder geschätzt sind.

Herr Gräbener erklärt, dass bei der Entwicklung des Konzeptes beides herangezogen wurde. Man könne davon ausgehen, dass keine Tendenzen erkennbar sind, dass Clusterlösungen oder offene Lernlandschaften zu Kostensteigerungen führen. Entsprechende Rückmeldungen liegen aus etlichen befragten deutschen Städten vor, die teilweise auch über abgerechnete Projekte berichten konnten.

Frau Heuer ergänzt, dass Kostensteigerungen sich aus vielfältigen Gründen ergeben können, zumal man in eng bebauten Städten oftmals räumliche Begrenzungen findet, sodass man beispielsweise tiefer in die Erde bauen muss. Auch Hochwasserschutz, Bodendenkmalschutz und ähnliche Fragen können zu Kostensteigerungen führen, die zunächst nicht absehbar waren.

Herr Dr. Schoser fragt, ob die Gebäudewirtschaft der Stadt Köln noch aktuelle Ergänzungen zu dem Vorgetragenen nachreichen möchte.

Herr Höing weist darauf hin, dass die Darstellung in enger Abstimmung mit der Gebäudewirtschaft entstanden ist. Einzelne Fragen des Brandschutzes müssten noch geklärt werden. Es gebe in der Stadt Köln in zentraler Lage nur noch Grundstücke mit besonderen Schwierigkeiten, die im Einzelfall zu lösen sind. Diese müssten mit allen Beteiligten bereits zu Beginn der Planung so umfassend wie möglich geklärt werden, um spätere Änderungswünsche zu vermeiden.

Herr Dr. Zimmermann, sachkundiger Einwohner (CDU), lobt das Konzept und möchte wissen, ob mit dem Begriff „pädagogische Räume“ nur Innenräume gemeint sind oder ob man sich auch über die Außenflächen Gedanken gemacht hat. Er plädiert für ein nachhaltiges Bauen, das z.B. mit Sichtbausteinen auch eine starke Beanspruchung verträgt und eine flexible Nutzung der Klassenräume zulässt. IT-Räume seien in Zukunft bei einer umfassenden Ausstattung mit Tablets verzichtbar. Beim Brandschutz müsse man nach intelligenten Lösungen suchen, die im Schulalltag praktikabel sind, sodass auch im ersten und zweiten Stock ein Arbeiten in den Flurbereichen möglich ist. Bei der Planung von naturwissenschaftlichen Räumen müsse das Lehrpersonal enger einbezogen werden: Es sei zu überlegen, ob man künftig ganz auf Präsentationsräume verzichten kann. In den ersten Planungsschritten sei eine absolute Transparenz und der Dialog mit den Schulen unverzichtbar.

Herr Weber, sachkundiger Einwohner (DIE LINKE), vermisst im Planungskonzept Aussagen zur Tageslichtversorgung mit intelligenter Verglasung insbesondere für Gruppenräume.

Auch Frau Hauser, sachkundige Bürgerin (CDU), lobt das Konzept aus der Sicht der Praxis. Besonders begrüßt sie die Planungen weg von den hergebrachten Lehrerzimmern zu angemessenen Lehrerarbeitsplätzen. Im Hinblick auf die verglasten Strukturen und offenen Wände bittet sie darum, den Schallschutz nicht aus den Augen zu verlieren. Auch müsse man für das neue Lernkonzept ein anderes Sicherheitskonzept entwickeln, welches insbesondere vor Amokläufen schützt.

Herr Thelen, Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN, bedankt sich bei der Verwaltung für die Fortschreibung der Schulbauleitlinien. Die geschlossenen Klassenzimmer und zentrale Lehrerzimmer verlieren an Bedeutung und neue Lernformen entwickeln sich. Er möchte wissen, ob das Konzept auch mit einem Lehrerraumprinzip vereinbar ist. Ihn interessiert auch die Belüftung der künftig zu planenden Schulen bzw. welcher Energiestandard bei der Planung angewandt werden soll. Positiv findet er die Ausführungen zu den Sanitärbereichen. Auch er bittet um Ergänzungen zur Planung der Außenbereiche, z.B. ob die Schulhöfe zwingend abgeschlossen sein müssen.

Herr Philippi, SPD-Fraktion, fasst zusammen, dass das Konzept fraktionsübergreifend positiv angenommen wurde. Die hier festgelegten Qualitätsstandards müssten beachtet werden, wenn man Inklusion und offenen Ganztags an Schulen umsetzen möchte. Er fragt nach, ob das vorgelegte Konzept mit dem von der CDU-Fraktion und dem Bündnis 90/Die Grünen beschlossenen Passivhausstandard kompatibel ist. Seiner Meinung nach müsste dieser Energiestandard nochmals überdacht werden.

Frau Nesseler-Komp, CDU-Fraktion, weist auf den bei Schulbauten bestehenden Stau bei der Umsetzung der erforderlichen bereits geplanten Schulbauten hin, der noch zu priorisieren ist und möchte wissen, ob das neue Konzept bei diesen Maßnahmen berücksichtigt werden soll, oder ob es erst für künftige Planungen angewandt wird.

Frau Heuer weist darauf hin, dass man im Hinblick auf die zeitlich begrenzte Sitzung einen Großteil der Fragen in dem angekündigten Workshop beantworten wird. Die Frage der Planung und Gestaltung des Außengeländes ist im Einzelfall vor Ort zu klären in Abhängigkeit von den zur Verfügung stehenden Mitteln (die Verwaltung hatte in der Vergangenheit eine Standardsenkung vorgeschlagen). Das Lehrerraumprinzip und die Lernlandschaften sind grundlegend unterschiedliche pädagogische Konzepte, die sich nicht miteinander vereinbaren lassen. Die Vorschläge und Anforderungen des Brandschutzes werde man für Interessierte zum Nachlesen auslegen. Die vorgelegten Konzepte sind mit dem Brandschutz vereinbar und wurden mit der Feuerwehr abgestimmt. Die Zustimmung der Fraktionen zum vorgelegten Konzept erfreue die Verwaltung sehr. Im Hinblick auf die laufenden Schulbauplanungen ergänzt Frau Heuer, dass alle Festlegungen beibehalten werden und das Konzept bei künftigen Planungen gilt.

Frau Dr. Klein bestätigt, dass die pädagogischen Raumkonzepte nicht in laufende Planungsprozesse eingreifen sollen. Künftig sollen keine „Flurschulen“ mehr gebaut werden, sondern Bewegungsflächen sollen aktiv genutzt werden. Sie weist auf die Schulbaumesse hin, welche am 20. und 21.09.2016 in Köln stattfindet und sich verstärkt mit dem modernen Schulbau im In- und Ausland befasst.

Herr Höing weiß nichts von einem Widerspruch zwischen dem vorgestellten Konzept der Lernlandschaften mit dem Passivhausstandard.

Herr Dr. Schlieben versteht das Konzept als Grundlage für künftige Diskussionen und schlägt vor, das Thema in einem angemessenen zeitlichen Abstand erneut auf die Tagesordnung zu nehmen, um in der Rückschau zu vergleichen, was davon umgesetzt werden konnte.

Frau Westphal, sachkundige Einwohnerin FDP-Fraktion, bittet darum, das Thema „Vandalismus“ im Workshop ergänzend zu berücksichtigen und ist dankbar für die Einladung.

Auch Herr Dr. Gutzeit, CDU-Fraktion, betont die Wichtigkeit der Berücksichtigung der Probleme des Schallschutzes bei der Umsetzung des Konzeptes. Er wünscht, dass man bei der Vorstellung der Planungen künftig die beabsichtigte Raumnutzung näher erläutert.

Herr Dr. Schlieben bedankt sich im Namen der beiden Ausschüsse für die Präsentation und die Antworten auf die angesprochenen Fragen.

Die Mitteilung wird zur Kenntnis genommen.

5.2 Beantwortung der Fragen des ASW aus der Sitzung vom 29.02.2016 zu den Anträgen AN/0334/2016 sowie AN/0410/2016 1514/2016

Ausschuss Schule und Weiterbildung

Frau Dr. Klein entschuldigt sich dafür, dass die Mitteilung als Tischvorlage vorgelegt wird. Sie wurde 2 Wochen zuvor mit den schulpolitischen Sprechern vorab diskutiert und die Verwaltung erhielt dabei den Auftrag, entsprechend weiterzuarbeiten. Die grundlegende Frage laute: „Wie kann man zügig qualitätvollen Schulraum schaffen, der die Schülerinnen und Schüler mit bestmöglicher Bildung versorgt?“.

Die Verwaltung habe sich überlegt, wie man die Politik bestmöglich über die anstehenden Aufgaben, über den Planungsstand und über den Ausführungsstand informieren kann. Sie verweist dazu auf Anlage 1, welche die Zeit-Maßnahmen-Planung für insgesamt rund 200 Maßnahmen enthält. Darunter befinden sich sowohl fertiggestellte Maßnahmen wie auch künftig erforderliche Maßnahmen. Es gibt Maßnahmen, für welche es schon Planungsbeschlüsse oder Baubeschlüsse gibt und deren Umsetzung unterschiedlich weit vorangeschritten ist.

Die aufgeführte Nummerierung wird auch in Zukunft beibehalten, sodass man auch in den folgenden Jahren mit der Nummer immer wieder die gleiche Maßnahme findet. Mit „z“ versehene Maßnahmen (derzeit 11 Stück) sind zurückgestellt.

Die höchste Priorität haben alle Maßnahmen, die zusätzliche Schülerplätze schaffen, Maßnahmen die das Ganztagsangebot erhalten oder ausbauen und Maßnahmen, die Schulraum bzw. Gebäudesubstanz erhalten.

Im Text ist ein link erwähnt, über den man sich zu den einzelnen Maßnahmen nochmals ausführlich informieren kann. Unter diesem link wird künftig jeweils der aktuelle Sachstand abrufbar sein.

Das Aktionsbündnis Schulbau tagt monatlich und behandelt im Sinne einer Schwerpunkterörterung die Maßnahmen mit aktuellen Problemlagen. Die Verwaltung wird den Ausschuss für Schule und Weiterbildung zukünftig als Mitteilung unter TOP 1.3. zu einzelnen Schulbaumaßnahmen signifikante Sachstandsinformationen zur Verfügung stellen, die sich aus den jeweils vorangegangenen Sitzungen des Aktionsbündnisses ergeben. (siehe Muster Anlage 2).

In Anlage 3 gibt es ausführliche Informationen zu den Themen Inklusion, individuelle Förderung und Ganztag, wo die verschiedenen Rahmenbedingungen, sowie die schulscharfe sächliche Ausstattung erfolgter Baumaßnahmen aufgeführt werden.

Am 31.05. gab es unter Beteiligung der Bezirksregierung einen Austausch mit den Schuldezernentinnen und Schuldezernenten der Nachbarkommunen. Ein solcher Austausch soll künftig regelmäßig etwa 1x jährlich stattfinden. Nahezu alle Umlandkommunen haben mit sinkenden Schülerzahlen eine völlig andere Situation als Köln. Sie sind grundsätzlich froh, dass sie Kölner Schülerinnen und Schüler aufnehmen können, weil sie damit ihre Schulen stabilisieren können. Viele waren dankbar über den Kölner Ratsbeschluss auf Basis des § 46 Abs. 6 Schulgesetz NRW, wonach der Schulträger Stadt Köln festgelegt hat, dass Schülerinnen und Schüler, die in ihrer Gemeinde eine Schule der gewählten Schulform besuchen können die Aufnahme verweigert wird, wenn die Zahl der Anmeldungen die Aufnahmekapazität der Schule übersteigt. Diese Regelung greift ausnahmslos für die Schulform Gymnasium, da alle Umlandgemeinden selbst ein Gymnasium führen.. Bei Nachbarkommunen ohne eigene Gesamtschulen (dies trifft jedoch nur auf Wesseling zu) ist Köln jedoch verpflichtet, Schülerinnen und Schüler aus dieser Nachbargemeinde, im Anmeldeverfahren zu berücksichtigen. In den Nachbarkommunen Pulheim, Frechen steigen die Schülerzahlen moderat; in Leverkusen liegen die Schülerzahlen auf einem konstanten Niveau. In Kölner Berufskollegs kommen rund 50% der Schülerschaft von auswärts. Das entlastet die Nachbargemeinden auch von der Verpflichtung, Schulraum bereitzustellen.

Frau Dr. Klein möchte nach etwa $\frac{1}{2}$ - $\frac{3}{4}$ Jahr zusammen mit den schulpolitischen Sprecherinnen und Sprechern der Fraktionen darüber sprechen, ob sich das oben genannte Verfahren bewährt hat.

Die Mitteilung wird zur Kenntnis genommen.

Frau Dr. Klein entschuldigt sich dafür, dass die Mitteilung als Tischvorlage vorgelegt wird. Sie wurde 2 Wochen zuvor mit den schulpolitischen Sprechern vorab diskutiert und die Verwaltung erhielt dabei den Auftrag, entsprechend weiterzuarbeiten. Die grundlegende Frage laute: „Wie kann man zügig qualitätvollen Schulraum schaffen, der die Schülerinnen und Schüler mit bestmöglicher Bildung versorgt?“.

Die Verwaltung habe sich überlegt, wie man die Politik bestmöglich über die anstehenden Aufgaben, über den Planungsstand und über den Ausführungsstand informieren kann. Sie verweist dazu auf Anlage 1, welche die Zeit-Maßnahmen-Planung für insgesamt rund 200 Maßnahmen enthält. Darunter befinden sich sowohl fertiggestellte Maßnahmen wie auch künftig erforderliche Maßnahmen. Es gibt Maßnahmen, für welche es schon Planungsbeschlüsse oder Baubeschlüsse gibt und deren Umsetzung unterschiedlich weit vorangeschritten ist.

Die aufgeführte Nummerierung wird auch in Zukunft beibehalten, sodass man auch in den folgenden Jahren mit der Nummer immer wieder die gleiche Maßnahme findet. Mit „z“ versehene Maßnahmen (derzeit 11 Stück) sind zurückgestellt.

Die höchste Priorität haben alle Maßnahmen, die zusätzliche Schülerplätze schaffen, Maßnahmen die das Ganztagsangebot erhalten oder ausbauen und Maßnahmen, die Schulraum bzw. Gebäudesubstanz erhalten.

Im Text ist ein link erwähnt, über den man sich zu den einzelnen Maßnahmen nochmals ausführlich informieren kann. Unter diesem link wird künftig jeweils der aktuelle Sachstand abrufbar sein.

Das Aktionsbündnis Schulbau tagt monatlich und behandelt im Sinne einer Schwerpunkterörterung die Maßnahmen mit aktuellen Problemlagen. Die Verwaltung wird den Ausschuss für Schule und Weiterbildung zukünftig als Mitteilung unter TOP 1.3. zu einzelnen Schulbaumaßnahmen signifikante Sachstandsinformationen zur Verfügung stellen, die sich aus den jeweils vorangegangenen Sitzungen des Aktionsbündnisses ergeben. (siehe Muster Anlage 2).

In Anlage 3 gibt es ausführliche Informationen zu den Themen Inklusion, individuelle Förderung und Ganzttag, wo die verschiedenen Rahmenbedingungen, sowie die schulscharfe sächliche Ausstattung erfolgter Baumaßnahmen aufgeführt werden.

Am 31.05. gab es unter Beteiligung der Bezirksregierung einen Austausch mit den Schuldezernentinnen und Schuldezernenten der Nachbarkommunen. Ein solcher Austausch soll künftig regelmäßig etwa 1x jährlich stattfinden. Nahezu alle Umlandkommunen haben mit sinkenden Schülerzahlen eine völlig andere Situation als Köln. Sie sind grundsätzlich froh, dass sie Kölner Schülerinnen und Schüler aufnehmen können, weil sie damit ihre Schulen stabilisieren können. Viele waren dankbar über den Kölner Ratsbeschluss auf Basis des § 46 Abs. 6 Schulgesetz NRW, wonach der Schulträger Stadt Köln festgelegt hat, dass Schülerinnen und Schüler, die in ihrer Gemeinde eine Schule der gewählten Schulform besuchen können die Aufnahme verweigert wird, wenn die Zahl der Anmeldungen die Aufnahmekapazität der Schule übersteigt. Diese Regelung greift ausnahmslos für die Schulform Gymnasium, da alle Umlandgemeinden selbst ein Gymnasium führen.. Bei Nachbarkommunen ohne eigene Gesamtschulen (dies trifft jedoch nur auf Wesseling zu) ist Köln jedoch verpflichtet, Schülerinnen und Schüler aus dieser Nachbargemeinde, im Anmeldeverfahren zu berücksichtigen. In den Nachbarkommunen Pulheim, Frechen steigen die Schülerzahlen moderat; in Leverkusen liegen die Schülerzahlen auf einem konstanten Niveau. In Kölner Berufskollegs kommen rund 50% der Schülerschaft von auswärts. Das entlastet die Nachbargemeinden auch von der Verpflichtung, Schulraum bereitzustellen.

Frau Dr. Klein möchte nach etwa ½ - ¾ Jahr zusammen mit den schulpolitischen Sprecherinnen und Sprechern der Fraktionen darüber sprechen, ob sich das oben genannte Verfahren bewährt hat.

Die Mitteilung wird zur Kenntnis genommen.

6 Anfragen

Betriebsausschuss Gebäudewirtschaft

Ausschuss Schule und Weiterbildung

7 Verschiedenes

Betriebsausschuss Gebäudewirtschaft

Ausschuss Schule und Weiterbildung

Köln, den 12.07.2016

Dr. Schlieben

Dr. Schoser

Bernecker

Vorsitzender

stellv. Vorsitzender

Schriftführer

Anlage 1 - Kinderhäuser statt Schulkasernen (Präsentation zu TOP 5.1)